

Der Wahlausschuß schlägt für die beiden Vorsitzenden die Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl vor. (Starker Beifall.) Es gilt also jetzt darüber zu entscheiden, ob der Vorschlag des Wahlausschusses angenommen wird, über diese beiden Vorsitzenden per Akklamation abzustimmen.

Zweitens, Genossen, kommt die Wahl des Parteivorstandes. Der Genosse Pieck hat bereits zum Ausdruck gebracht, daß entsprechend den Statuten unserer Partei der Parteivorstand sich aus 80 Mitgliedern zusammensetzt. Da wir dem Parteitag vorschlagen, 20 Genossen aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft SED-KPD zu unseren Parteivorstandssitzungen hinzuzuziehen, und da wir die beiden Vorsitzenden in einem besonderen Wahlakt vorher bereits gewählt haben werden, steht dementsprechend auf dem Stimmzettel eine Zahl von 58 Genossen zur Wahl.

Ich möchte auf den Wahlakt in folgender Form hinweisen: Der Wahlausschuß schlägt vor, die Wahl in geheimer Abstimmung vorzunehmen. Wir glauben, daß wir niemand die Gelegenheit geben sollten, etwa von gepreßten Wahlen zu sprechen. (Beifall.) Aus diesem Grunde schlagen wir vor, daß die Wahl in geheimer Abstimmung vorgenommen wird.

Ich mache jetzt darauf aufmerksam: Es bleibt jedem Delegierten des Parteitages überlassen, Streichungen vorzunehmen und dafür andere Genossen einzusetzen. Es dürfen allerdings am Ende auf der Liste nicht mehr als 58 Namen stehenbleiben. Wer mehr Namen hinschreibt, als er streicht, macht damit seinen Stimmzettel ungültig. Umgekehrt ist es durchaus möglich, daß jemand acht oder zehn Namen streicht und dafür nur zwei einsetzt. Der Stimmzettel kann weniger Namen enthalten und bleibt doch gültig.

Die Liste, die der Wahlausschuß vorlegt, sieht insofern im Verhältnis zum alten Parteivorstand Änderungen vor, als eine gewisse Qualifizierung des neuen Parteivorstandes dadurch gegeben sein soll. Wir haben auf unserer Liste eine Reihe Genossen vorgesehen, die aus volkseigenen Betrieben kommen. Ich nenne darunter nur die Genossin Hilde Kaiser oder den Genossen Karl Schmidt. Es sind eine Reihe weiterer Genossen vorgeschlagen worden, die in verantwortlichen Stellen in der Verwaltung stehen. Ich brauche sie nicht im einzelnen vorzutragen. Jedoch darf ich darauf hinweisen, daß wir sowohl die Belange der Frauen als auch der Jugendlichen hinsichtlich ihrer Vertretung nach jeder Richtung hin berücksichtigt haben.